

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 179 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
12.06.2008**

Wulff darf ARD und ZDF keine digitalen Fußfesseln anlegen

GebührenzahlerInnen müssen sich umfassend Online informieren können

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen **Ursula Helmhold** hat die "restriktive Haltung" des Ministerpräsidenten gegenüber den Möglichkeiten der Online-Angebote der öffentlich-rechtlichen Sender kritisiert. "Wer so agiert, will ARD und ZDF ins Rundfunkmuseum abschieben", sagte die Grünen-Politikerin am Donnerstag (heute) in Hannover.

Das Internet, als Informationsweg der Zukunft dürfe den Öffentlich-Rechtlichen nicht versperrt bleiben. Die im Entwurf des 12. Rundfunkänderungs-Staatsvertrages vorgesehenen Einschränkungen seien für den Prozess der Modernisierung der Sender kontraproduktiv. Ein Verbot von Online-Texten und ein vorgeschriebenes "Verfallsdatum" von sieben Tagen sei genauso falsch wie die Beschränkung auf sendungsbezogene Angebote. Der Verbreitung von Hintergrunddossiers im Online-Angebot, wie zum Beispiel zum Wahlkampf oder zu Themenwochen, würde damit eine Absage erteilt, Online-Archive wären unmöglich.

Helmhold forderte, dass die deutschen Zusagen im EU-Beihilfeverfahren eins-zu-eins umgesetzt werden. Die Rundfunkgremien sollten mit Hilfe externen Sachverständs über neue Online-Angebote entscheiden. Mit gesetzlich festgelegten Vorab-Verboten könne dagegen auf die dynamische Entwicklung im Medienbereich kaum reagiert werden.